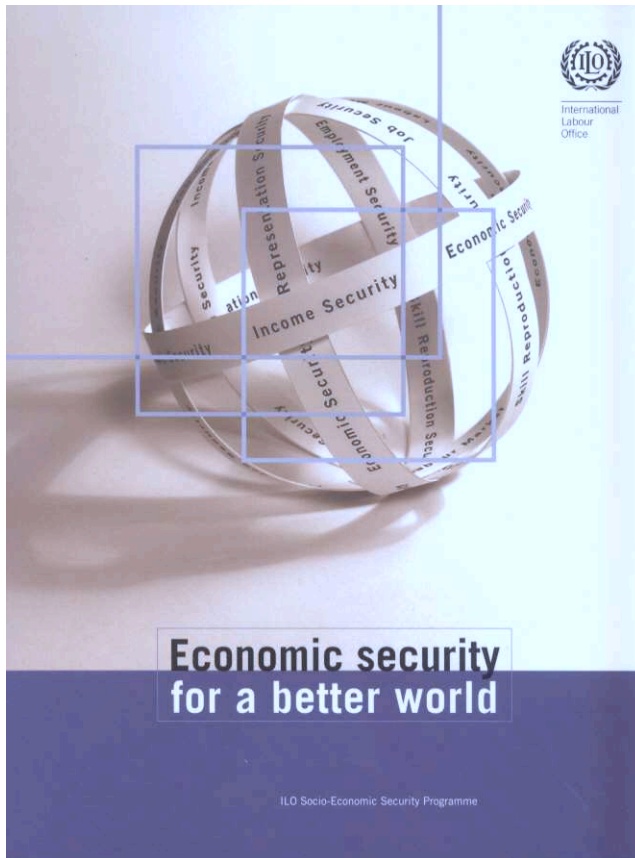




International  
Labour  
Office



## Economic security for a better world

ILO Socio-Economic Security Programme



## ZUSAMMENFASSUNG

Der folgende Bericht basiert auf Untersuchungen des Sozioökonomische Sicherheit Programms (SES) des Internationalen Arbeitsamts (IAA) und soll einen Überblick über die weltweit entstehenden Strukturen sozioökonomischer Sicherheit geben. Dabei bezieht er sich vor allem auf folgende Datenquellen: auf den *SES Global Database*, der nationale, statistische Indikatoren bezüglich Sozial- und Arbeitsmarktpolitik beinhaltet, auf den *People's Security Survey* (Menschen-Sicherheits-Survey), der über 48.000 Arbeitende in 15 Ländern befragt, sowie auf den *Enterprise Labour Flexibility and Security Survey* (Survey der Arbeitsflexibilität und Sicherheit in Unternehmen) und den *Security Survey* (Sicherheitssurvey), der 10.000 Firmen in 11 Ländern umfasst.

Der Bericht ist ein erster Versuch ein globales Bild zu diesem Thema zu zeichnen. Obschon er zahlreiche Verweise enthält, umfasst er nicht alle relevanten Arbeiten zu verwandten Themengebieten. Ebenso wenig soll er umfassend allen Aspekten *sozioökonomischer Sicherheit* gerecht werden. Er befasst sich vielmehr mit herausragenden Ergebnissen des Programms der vergangenen vier Jahre und widmet bisher vernachlässigten Aspekten Aufmerksamkeit.

Der empirischen Arbeit liegt der Versuch zugrunde, die Werte und Prinzipien, die die ILO seit langem vertritt, in den Kontext des 21. Jahrhunderts zu stellen, in dem soziale und wirtschaftliche Rechte an die oberste Stelle politischen Denkens gestellt werden und in dem gesellschaftliche Solidarität und *Voice* (Stimme) als essentiell betrachtet werden. Im Folgenden wird der Inhalt unter Hervorhebung einiger bestimmter Punkte knapp skizziert.

---

**TEIL I**

**Kapitel 1** Im ersten Kapitel werden *sozioökonomische Sicherheit* sowie sieben Dimensionen der *Arbeitssicherheit* definiert. Ausgehend von der Annahme, dass ein Wandel stattgefunden hat, werden die sich wandelnden Formen von Risiko und Ungewissheit beleuchtet. Während traditionelle Formen von Sozialversicherungen auf Sonderrisiken abzielen, besteht die *sozioökonomische Unsicherheit*, die heute von Menschen weltweit erfahren wird, aus „*systemischen Risiken*“, die nicht durch althergebrachte soziale Sicherheitsnetze oder andere selektive Maßnahmen adäquat abgedeckt werden können. Dementsprechend kommt das Kapitel zu drei Schlüssen, die Prämissen für den weiteren Bericht darstellen:

- Ein Minimum an *sozioökonomischer Sicherheit* sollte ein Menschenrecht sein und sollte als Fortschritt tatsächlicher Freiheit definiert werden. In dem Bericht werden sieben Formen der *Sicherheit von Erwerbsarbeit* bestimmt, von denen *Einkommens- und Repräsentationssicherheit* eine Vorrangstellung eingeräumt werden sollten.
- Sozialpolitische Strategien und institutionelle Änderungen sollten danach beurteilt werden, ob sie folgenden zwei Anforderungen genügen: zum einen dem *Prinzip des Sicherheitsunterschieds*, welches besagt, dass um sozial gerecht zu sein, die Lage derjenigen gesellschaftlichen Gruppen voranzubringen ist, die den größten Unsicherheiten ausgesetzt sind. Zum anderen sollten sie das *Paternalismus-Test-Prinzip* erfüllen, demzufolge Zwänge, die den freiesten Gruppen der Gesellschaft nicht auferlegt werden, auch niemand anderem auferlegt werden sollten.
- Weltweit nehmen systemische Risiken, also die Häufigkeit und das Ausmaß natürlicher, wirtschaftlicher und sozialer Katastrophen, einschließlich ziviler Konflikte, die Massenunsicherheit hervorrufen, bedeutend zu.

In **Kapitel 2** wird dargestellt, wie sozialpolitische Modelle und Institutionen, die unter dem Stichwort „Washington Consensus“ bekannt wurden, das Ausmaß und die Häufigkeit *sozioökonomischer Unsicherheit* in der Ära sogenannter „Globalisierung“ beeinflusst haben. Es werden einige Merkmale beleuchtet, die besonders relevant für Veränderungen in Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sind, wie die darauffolgenden Kapitel zeigen werden. Einige der Hauptaspekte sind:

- Globalisierung ist *nicht* mit einer dramatischen Steigerung wirtschaftlichen Wachstums einhergegangen, wie ihre Advokaten behaupteten. In vielen Ländern brachte die Globalisierung sogar eine Verlangsamung des Wachstums mit sich. China und Indien bilden zwei bedeutende Ausnahmen.
  - Gravierender noch ist der Umstand, dass Globalisierung mit einer Zunahme an wirtschaftlicher Instabilität und wirtschaftlichen Krisen einherging.
  - Ferner ist ein schnelles, bisher kaum untersuchtes Wachstum von privatwirtschaftlicher Regulierung wirtschaftlicher und sozialpolitischer Tätigkeiten zu verzeichnen.
-

---

## TEIL II

Nationale Indizes zur *sozioökonomischen Sicherheit* spielen eine zentrale Rolle in dem Bericht. Sie umfassen jede der sieben Dimensionen der *Arbeitssicherheit* sowie einen zusammenfassenden *Economic Security Index (Index zur sozioökonomischen Sicherheit)*. Jeder dieser Indizes wird aus Variablen der *SES Global Database* hergeleitet und nach verschiedenen *Input*-Indikatoren (*Policy*-Variablen), *Prozess*-Indikatoren (institutionelle Variablen) und *Ergebnis*-Indikatoren (statistische Widerspiegelungen ihrer Wirksamkeiten) zusammengesetzt. Die Indizes, die auf Berechnungen für über 100 Länder basieren, werden in Kapitel 4 bis 11 vorgestellt.

Jedes dieser Kapitel widmet einen Abschnitt der Erläuterung von relevanten Ergebnissen der *People's Security Surveys (PSS)*, die das SES-Programm in Argentinien, Bangladesch, Brasilien, Chile, China, Äthiopien, Ghana, Ungarn, Indien, Indonesien, Pakistan, der Russischen Föderation, Südafrika, der Vereinten Republik von Tansania (im Folgenden "Tansania") und der Ukraine durchgeführt hat. Der PSS erfasst detaillierte Information über zahlreiche Aspekte sozialer und *sozioökonomischen Sicherheit* von etwa 48.000 Individuen und Haushalten.

Die Kapitel stellen auch Ergebnisse der *Enterprise Labour Flexibility and Security Surveys (ELFS)* des SES-Programms vor, die in Aserbaidschan, Brasilien, Chile, China, Indonesien, Republik Moldau (Moldawien), Pakistan, den Philippinen, der Russische Föderation, Tansania und der Ukraine durchgeführt wurden. Diese Surveys erheben detaillierte Daten über Arbeitspraktiken in über 10.000 Firmen. So werden verschiedene Formen von *Arbeitsunsicherheit und -sicherheit* ergründet.

**Kapitel 3: Einkommenssicherheit** spiegelt verschiedene Faktoren wider: das System der Bezahlung, das Einkommensniveau, den Zugang zu Leistungen und Diensten und das Anrecht auf eine Art von Einkommensunterstützung bei Bedürftigkeit. Globale Trends haben in der Epoche der Globalisierung vielerlei Nachteile mit sich gebracht: ein Ausmaß von Armut, das insbesondere in Afrika unterbewertet wurde, die Anzahl "arbeitender Armer" ist in Industrieländern gestiegen, Einkommensungleichheit, obschon geringer als Reichtumsungleichheit, hat zugenommen, die Ungleichheit der Einkommensverteilung hat sich verschärft, d.h. Arbeitseinkommen macht einen schrumpfenden Teil des nationalen Einkommens aus. Gravierender noch ist aber die Einkommenspolarisierung, im Zuge derer eine winzige Elite einen sehr großen und wachsenden Anteil nationaler Einkommen bezieht.

Vermehrte Lohnflexibilität hat zu einem zunehmenden Gehaltsgefälle und einem Verlust von Ansprüchen auf Unternehmensleistungen und -dienste für viele Arbeitnehmer geführt. Für viele weitere Millionen von abhängig Beschäftigten haben sich die Aussichten, jemals mit zunehmender wirtschaftlicher Entwicklung in den Genuss dieser Vorteile zu kommen, verringert.

---

Während Einkommensflexibilität in Arbeitsmärkten zunimmt, haben sich soziale Sicherungssysteme dramatisch verändert. Die vermutlich größte Quelle wachsender *Einkommensunsicherheit* stellen Veränderungen der Gesundheitssysteme dar. Es setzen sich zunehmend mehrstufige Systeme durch, in denen Arbeiter und ihre Familien einen vermehrten Anteil der Kosten tragen, während sie größeren Risiken und Unsicherheiten ausgesetzt sind. Der Gebrauch von Preismechanismen in Gesundheitsdiensten verschärft Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten und bedroht das Überleben vieler Haushalte. Im nächsten Jahrzehnt muss dieser sozialpolitische Bereich deshalb oberste Priorität erreichen. Von den dort stattfindenden Veränderungen hängt entscheidend ab, ob sich die *sozioökonomische Sicherheit* verbessert.

Im vergangenen Jahrzehnt zog die Rentenreform besondere Aufmerksamkeit auf sich. Auch in diesem Bereich gibt es Anlass zur Besorgnis, in Anbetracht der vermehrten Differenzierung von Rentenhöhen und -ansprüche und der nur vagen Aussicht auf einen Rentenanspruch für viele Millionen, die sich dem Rentenalter nähern. Glücklicherweise werden Politiker und Sozialwissenschaftler sich jedoch zunehmend der Grenzen und Nachteile der Reformen bewusst, die in den 1980er und 1990er Jahren eifrig propagiert wurden.

Auch *Einkommensunsicherheit* für Arbeitslose hat sich in vielen Ländern verschärft — eine wachsende Mehrheit bezieht keine Bezüge von ihrer Regierung. Selbst in industrialisierten Ländern erhält nur eine Minderheit Arbeitslosengeld oder angemessene Einkommensunterstützung von ihren Regierungen.

- Armut, insbesondere in afrikanischen Ländern, wird unterschätzt
- Die Ungleichheit ist in vielen Ländern gewachsen. Übliche Ungleichheitsmaße, wie zum Beispiel der Gini Koeffizient, erfassen dies nicht hinreichend, da sehr Reiche reicher und Arme oft noch ärmer wurden. Die mittleren Einkommensgruppen haben ungefähr den gleichen Anteil des nationalen Einkommens beibehalten. Soziale Sicherheitssysteme sind weniger universalistisch, weniger solidaristisch, weniger schützend und diverser geworden und tragen somit zum Wachstum von Ungleichheit und *sozioökonomischer Unsicherheit* bei. Ansprüche auf soziale Leistungen werden an immer mehr Bedingungen geknüpft.
- Das Alter, das einen Anspruch auf volle staatliche Rente begründet, ist im Durchschnitt um ein Jahr für Frauen und um ein halbes Jahr für Männer gestiegen.
- Arbeitslosenversicherungsmechanismen verschwinden, d.h. immer weniger Arbeitslose haben ein Anrecht auf Arbeitslosengeld. Dieser Mechanismus stellt also keinen geeigneten sozialen Schutz in flexiblen Arbeitsmärkten dar.

**Kapitel 4:** Die in diesem Kapitel behandelten Aspekte des Monitorings von *Einkommenssicherheit*, insbesondere der *Haushaltseinkommenssicherheit*, sind bisher kaum untersucht worden. Ebenso wenig ist die mangelnde Einkommensretention von Frauen, die in so vielen Gesellschaften zu ihrer Verarmung beiträgt, der Zugang zu nicht-monetarisierten Leistungen, stark fluktuierende Einkommen und die unterschiedlichen Kosten persönlicher Krisen adäquat thematisiert worden. Des Weiteren wird ein besonderes Phänomen behandelt, das in vielen Statistiken nicht berücksichtigt

---

---

wird und deshalb zu irreführenden Ergebnissen führt, nämlich Lohnrückstände und die Nichtzahlung vertraglicher Löhne.

Ferner werden zwei nationale Indizes eingeführt: einer für *Alterseinkommenssicherheit* und einer für *Gesamteinkommenssicherheit*. Die Schätzungen dieser beiden Indizes für 96 Länder zeigen, dass einige Länder viel größere *Einkommenssicherheit* bieten als andere. Sogenannte Vorreiter (*Pacesetters*) entsprechen nicht der Einordnung der Länder nach Pro-Kopf-Einkommen. Hauptkenntnisse beinhalten:

- Eine Hauptform der *Einkommensunsicherheit* und Verarmung ist Einkommensunbeständigkeit; viele erhalten ihr Einkommen nur sehr unregelmäßig, oft nur nach langen Verzögerungen.
- Einkommenstransfers zwischen Haushalten, lange geehrt als eine Form sozialen Schutzes in Entwicklungsländern, ist tatsächlich weniger verbreitet als bisher angenommen, v.a. in Afrika.
- In Entwicklungs- und Übergangsländern ist die große Mehrheit der Menschen, besonders im hohen Alter, besorgt um ihre zukünftige *Einkommenssicherheit* und pessimistisch eingestellt.

**Kapitel 5:** *Arbeitsmarktsicherheit* fiel dem Verzicht der Regierungen dieser Welt zum Opfer, sich zur Vollbeschäftigung zu verpflichten, obgleich ohnehin nie eine ausreichende Verpflichtung bestand, da Frauen lang als „sekundäre Arbeitskraft“ galten. Weltweit ging höhere Arbeitslosigkeit mit neuen Arten des *Labour Slack* einher (ein Maß der Unterbeschäftigung, das ungewollte Teilzeitarbeit, Entlassungen und das Verlassen des Arbeitsmarktes aufgrund von Entmutigung reflektiert).

- Arbeitslosigkeit ist kein geeignetes Maß für Unterbeschäftigung. Daher sollten globale Schätzungen der Arbeitslosigkeit als unzuverlässig betrachtet werden. Arbeitslosenziffern sind ebenso wenig geeignet, um *Arbeitsmarktsicherheit* zu bestimmen, wie ein Vergleich der Einstufung der Länder anhand dieser zwei Maße zeigt.
- Die Arbeitslosigkeit in China ist viel höher als konventionelle Maße es anzeigen.
- Der Umfang versteckter Arbeitslosigkeit, hauptsächlich in Form von „unbezahlter Beurlaubung“ und „teilweise bezahlter Beurlaubung“, nimmt weiterhin enorme Ausmaße in 'Übergangsländern' an, wie zum Beispiel Aserbaidschan, China, die Republik von Moldau, die Russische Föderation und die Ukraine zeigen. Ausgedehnter Mutterschaftsurlaub wird benutzt, um Arbeitslosigkeit unter Frauen zu kaschieren.

**Kapitel 6:** *Arbeitsplatzsicherheit* ist ebenfalls weltweit gesunken, da, im Gegensatz zu Erwartungen, dass im Laufe ökonomischer Entwicklung ein wachsender Anteil der Erwerbsbevölkerung in regelmäßige, geschützte Vollzeitbeschäftigung absorbiert werden würde, die wirtschaftlich Informalisierung fast überall gewachsen ist. Ferner haben Regierungen derjenigen Länder, die nach dem Zweiten Weltkrieg wesentliche Verbesserungen in *Arbeitsplatzsicherheit* einführten, diese durch legislative und institutionelle Änderungen teilweise wieder aufgehoben, zum Beispiel durch Schwächung des Kündigungsschutzes.

---

- Informalisierung der Arbeitsverhältnisse prägt weiterhin die Weltwirtschaft. Dieses Kapitel zeigt, dass Messungen mit Hilfe eines Informalisierungskontinuums aussagekräftiger sind als die konventionellen Dichotomie informell-formeller Sektor.
- Je informeller die Arbeit, desto geringer das Einkommen im Durchschnitt. Geschlechtsspezifische Einkommensdifferenzen wachsen jedoch mit einer Zunahme der Informalisierung.
- Ein *Arbeitsplatzsicherheitsindex* wird für 99 Länder, für die die relevanten Daten zur Verfügung stehen, vorgestellt. Skandinavische Länder bieten weiterhin mehr *Arbeitsplatzsicherheit*.

**Kapitel 7:** *Sicherheit am Arbeitsplatz* bedeutet gesunde und sichere Arbeitsbedingungen sowie ein nur geringes Risiko sich während der Arbeit Verletzungen oder Krankheiten zuzuziehen. Das globale Bild ließe sich erheblich verbessern. Für eine zuverlässige Einschätzung sind genauere Statistiken notwendig als momentan in den meisten Ländern zur Verfügung stehen. Darüber hinaus hat der Trend zu freiwilliger Selbstkontrolle und geschwächten Formen der *Repräsentationssicherheit* die *Sicherheit am Arbeitsplatz* in einigen Ländern stark geschwächt. Es sticht hervor, dass neue Formen von *Arbeitsunsicherheit* immer häufiger auftreten sowie an Härte zunehmen.

Kommentar:

Kommentar:

- Verletzungs- und Unfallrisiko bleibt weiterhin erheblich und ist in vielen Regionen aufgrund der Schwächung institutioneller Sicherheitsmaßnahmen gewachsen. Die Schwächung von Gewerkschaften trägt dazu bei.
- Stress ist eine Hauptform von Unsicherheit am Arbeitsplatz geworden. Sie hat negative Auswirkungen auf Millionen von Arbeitenden, darunter zahlreiche in wohlhabenden Ländern, in denen die Arbeitsintensität zugenommen hat. Zeitdruck stellt in modernen Gesellschaften eine Gefahr für viele berufliche Gruppen dar.
- Belästigung am Arbeitsplatz bleibt eine bedrohliche Form der *Arbeitsunsicherheit* in vielen Ländern.
- Laut des *Indexes für Sicherheit am Arbeitsplatz* schneiden in Entwicklungsländern größere, öffentliche und ausländische Unternehmen in der Regel besser ab.
- Westeuropa ist die einzige Region, in der alle Länder bezüglich *Arbeitsicherheit* gut abschneiden.

**Kapitel 8:** Mit *Kompetenzsicherheit* ist mehr gemeint als sogenanntes Humankapital. Eine Beschränkung auf Humankapital kann im Hinblick auf Erziehung und auf die Aneignung von Fähigkeiten sogar zu einer Verschlechterung tatsächlicher Sicherheit führen, da jene Bildung, die in keinem direkten Verhältnis zu einer Markttätigkeit steht, unterbewertet wird.

- Obwohl viele Arbeiter meinen, dass es ihnen an Arbeitsfähigkeiten mangelt, besitzen viele Fähigkeiten, die sie nicht in ihrer Arbeit verwenden können.
- Laut des nationalen *Kompetenzsicherheitsindexes* misslingt es einigen Ländern, die insgesamt gut abschneiden, Männern und Frauen die gleichen Chancen für die Entwicklung von Fähigkeiten zu ermöglichen. Andere Länder, die insgesamt weniger gut abschneiden, erzielen mehr geschlechtsbezogene Chancengleichheit.
- In allen untersuchten Ländern, ist eine positive Korrelation zwischen dem Bildungsniveau und dem Zugang zu Ausbildung zu verzeichnen. Aber oft sind die Erträge der Ausbildung geringer für Frauen als für Männer.

---

**Kapitel 9:** Man muss *Aufgabensicherheit* von *Anstellungssicherheit* unterscheiden. Erstere bezeichnet den Besitz einer Nische im Arbeitsverfahren und die Gelegenheit Karriere zu machen. Das Monitoring von *Aufgabensicherheit* (und von dem umfassenderen Konzept der *Berufssicherheit*) ist problematisch, da es leider in fast allen Ländern an Daten mangelt. Der Fokus dieses Kapitels liegt auf Karriere-Barrieren einschließlich Diskriminierung und mangelnder Arbeitszufriedenheit.

- *Aufgabensicherheit* wird durch Aufgabendemarkation und andere Rigiditäten, die mit Taylorismus assoziiert werden, deformiert.
- Diskriminierung bleibt ein Hauptfaktor, der Frauen daran hindert, *Aufgabensicherheit* zu erhalten und ihre Beweglichkeit innerhalb von Arbeitsstrukturen einschränkt.
- Viele Arbeiter können ihr Arbeitsleben nicht planen, sondern leben von der Hand in den Mund.
- *Aufgabensicherheit* korreliert positiv mit steigendem Bildungsniveau. Frauen haben nicht nur eine geringere Aussicht auf Aufwärtsmobilität, sondern auch eine größere Wahrscheinlichkeit der Abwärtsmobilität.

**Kapitel 10:** *Repräsentanzsicherheit* wurde lange mit Gewerkschaften assoziiert, die viel dazu beigetragen haben, Arbeitsbedingungen in der Welt zu verbessern. Aber gewerkschaftliche Organisationen sind stark zurückgegangen. Teilweise ist dies auf strukturelle Veränderungen der Arbeitsmärkte zurückzuführen. Einerseits spiegelt es legislative Änderungen wider, die darauf abzielten, die Macht der Gewerkschaften zu schwächen und ihre Attraktivität für Arbeiter zu vermindern. Andererseits reflektiert es allgemeine soziale Trends und teilweise die Unfähigkeit von Gewerkschaften auf die Belange vieler Gruppen in der Gesellschaft einzugehen.

- Der Rückgang von Gewerkschaften ist ein globales Phänomen.
- Unter hochrangigen Gewerkschaftsführern finden sich weltweit kaum Frauen.
- Die Anwesenheit von Gewerkschaften am Arbeitsplatz trägt zu höheren Löhnen, mehr Sozialleistungen und geringerer Lohnspreizung bei.
- In vielen Ländern kennen die meisten Arbeiter keine Gewerkschaftsverbände und diejenigen, die von ihrer Existenz wissen, sehen keine Vorteile in einer Gewerkschaftsmitgliedschaft.
- Ein nationaler *Repräsentanzsicherheitsindex* zeigt, dass in den skandinavischen Ländern die Vertretung durch Gewerkschaften und andere Körperschaften am stärksten ist. Er zeigt auch, dass einige Entwicklungsländer in dieser Hinsicht besser abschneiden als viele reichere Länder.

**Kapitel 11:** *Sozioökonomische Sicherheit* ist für Gesellschaften, die sich für menschenwürdige Arbeit engagieren, unerlässlich. Um sie zu messen, wurden die Indizes der sieben Dimensionen der *Arbeitssicherheit* zu einem *Index der sozioökonomischen Sicherheit* zusammengefasst. Er wurde für 90 Mitgliedsstaaten der ILO berechnet. Die Länder lassen sich in vier Typen unterteilen.

Zu den „Vorreitern“ zählen diejenigen Länder, die *sozioökonomische Sicherheit* sowohl legislativ (*Input*-Indikatoren) als auch institutionell (*Prozess*-Indikatoren) mit *Erfolg* in ihrer Politik umsetzen. Die „Pragmatisten“ sind diejenigen, die gute Ergebnisse

---

trotz wenig beeindruckender Sozialpolitik und sozialpolitischer Institutionen erzielen. Zu den „Konventionalisten“ zählen die Länder, die Sozialpolitik und sozialpolitische Institutionen aufweisen, diese jedoch nicht greifen. Letztlich bleiben noch die „Nachzügler“, die sich durch schwache beziehungsweise fehlende Sozialpolitik und sozialpolitische Institutionen auszeichnen. Die Ergebnisse zeigen, dass Länder auf allen Ebenen nationaler Entwicklung besser abschneiden könnten. Selbstverständlich ist es leichter für ein reiches Land mit etablierten, institutionellen Kapazitäten, *sozioökonomische Sicherheit* für seine Bürger zu erzielen. Nicht alle reichen Länder tun das. Aber viele Länder mit niedrigem Einkommen könnten viel besser abschneiden, ohne dabei ihr wirtschaftliches Wachstum und ihre Entwicklung zu behindern. Tatsächlich würden Wachstum und Entwicklung angekurbelt werden durch mehr *sozioökonomische Sicherheit* der Bürger.

- Es gibt eine negative Korrelation zwischen *sozioökonomischer Sicherheit* und Einkommensungleichheit. Das heißt, Länder mit sehr ungleicher Einkommensverteilung erzielen weniger *sozioökonomische Sicherheit* für ihre Bürger. Sicherheit ist gleichmäßiger in der Welt verteilt als Einkommen.
- *Sozioökonomische Sicherheit* korreliert nur schwach mit wirtschaftlichem Wachstum, ein vorschnelles Öffnen der Finanzmärkte wirkt sich aber nachteilig aus. Das nationale Einkommensniveau kann durch Öffnen der Finanzmärkte steigen und insofern zu mehr *sozioökonomischer Sicherheit* führen. Umgekehrt jedoch kann voreilige Öffnung zu sozialer Instabilität führen.
- *Sozioökonomische Sicherheit* geht mit politischer Freiheit und Demokratie einher.
- Lebenszufriedenheit korreliert positiv mit *sozioökonomischer Sicherheit*, mit *Kompetenzsicherheit* hingegen negativ.
- Würdevolle Arbeitsbedingungen fördern Produktivität und Wechsel der Beschäftigung.

### Teil III

**Kapitel 12:** In Kapitel 12 werden Daten des *People's Security Surveys* untersucht, die die Einstellung zu sozioökonomischer Gerechtigkeit und Sicherheit betreffen. Über 48.000 Menschen wurden nach ihrer Meinung zu einer Reihe von Prinzipien über Einkommensverteilung und Sozialpolitik befragt. Die Daten zeigen, dass es in vielen Regionen der Welt einen starken Rückhalt für einen Ausbau der *sozioökonomischen Sicherheit* gibt.

---

- 
- Umverteilung findet breite Unterstützung, insbesondere die Beschränkung der oberen Einkommen. Menschen in ländlichen Gegenden und diejenigen, die in vielerlei Hinsichten *sozioökonomischen Unsicherheiten* ausgesetzt sind, sind mit größerer Wahrscheinlichkeit egalitär als die Stadtbevölkerung.
  - Es gibt eine starke Unterstützung für ein Mindesteinkommen, unter das keiner fallen sollte. Diese Unterstützung findet sich in allen gesellschaftlichen Gruppen, arm und reich, Männer und Frauen. Befürwortung findet auch der Universalismus — der Glaube, dass für alle Menschen ungeachtet ihres sozialen Status und Arbeitsranges, *Einkommenssicherheit* gewährleistet werden sollte — sowie eine Sozialpolitik, die Sicherheit für Menschen garantiert, die sozial wertvolle Formen von Arbeit verrichten, auch wenn sie keine Erwerbsarbeit darstellt.
  - Obwohl Menschen, die in *sozioökonomischer Unsicherheit* leben, eher Prinzipien der Grundsicherheit für alle Menschen unterstützen, sind sie auch eher geneigt intolerant zu sein und diskriminierende Arbeitspraktiken zu unterstützen.

**Kapitel 13:** In diesem Kapitel werden neu entstehende Formen von *Repräsentanzsicherheit* erörtert. Ein grundlegender Gedanke ist, dass Gesellschaften mit starker *sozioökonomischer Sicherheit* kaum denkbar sind ohne starke repräsentative Institutionen, die für die Sicherheit aller berechtigten Interessen sorgen. Gibt es Alternativen zu schwachen Gewerkschaften? Welche Organisationen könnten Menschen als Bürger repräsentieren? Dieses Kapitel untersucht Bedingungen und Hindernisse erfolgreicher repräsentativer Institutionen und kommt zu dem Schluss, dass es Anlass zu verhaltenem Optimismus gibt, wenn auch viele sogenannte „civil society organizations“ mit Skepsis zu betrachten sind und insbesondere religiöse Vereinigungen problematisch sein können.

**Kapitel 14:** Für *sozioökonomische Sicherheit* sind, wie in Kapitel 1 dargelegt, *Grundeinkommenssicherheit* und *Repräsentanzsicherheit* essentiell. Informelle Aktivitäten und flexible Arbeitsmärkte nehmen zu. Wenn die Rechte derer, die in unsicheren Arbeitsverhältnissen, sowie derer, die keiner Lohnarbeit nachgehen, geschützt werden sollen, welche Strategien bieten die besten Erfolgsaussichten? Das Kapitel beginnt mit einer Untersuchung der wichtigsten Strategien, die in den vergangenen Jahren vorangebracht oder erprobt wurden. Es konzentriert sich dabei auf Entwicklungsländer. Es zeigt, dass Länder das Ausmaß derjenigen Subventionen verringern sollten, die stark wachsen, die unverhältnismäßig an reichere Gruppen gehen und die ineffizient sind. Die Investitionen machen einen großen Teil des Bruttoinlandsproduktes aus und könnten umgeleitet werden, um die Grundsicherheit der Bedürftigsten zu erhöhen.

Das Kapitel beleuchtet auch, wie unzureichend sogenannte „gezielte“ und „selektive“ Armutsbekämpfung ist. Das heißt, dass Zuschüsse und soziale Dienste nur Gruppen zugänglich gemacht werden, die durch Einkommens-tests und Verhaltensvoraussetzungen ermittelt werden. Es zieht die *People's Security Surveys* heran, um zu zeigen, dass es selektiven, einkommensabhängigen Maßnahmen üblicherweise nicht gelingt, die ärmsten Gruppen einer Gesellschaft zu erreichen. Verbreitete Maßnahmen, wie etwa Mikrokredite und soziale Fonds, verschaffen nur sehr begrenzt *Einkommenssicherheit*. Verschiedene Formen von Sozialpolitik werden hervorgehoben, die eine

---

Aussicht bieten, *Einkommenssicherheit* als ein Recht voranzubringen, einschließlich der Sozialrente in Südafrika und der *bolsa familia* in Brasilien. Ferner werden Gründe angeführt ein Mindest-Bürgereinkommen analog zum *Alaska Permanent Fund* in Betracht zu ziehen als Mittel zur Umverteilung des aus natürlichen Ressourcen gewonnenen Reichtums.

An erster Stelle steht für alle Länder die Herausforderung, eine Sozialpolitik zu etablieren, die den zwei anfangs genannten Prinzipien gerecht wird: die *sozio-ökonomische Sicherheit* der am wenigsten sicheren Gruppen einer Gesellschaft weltweit zu verbessern und keiner Gruppe Zwänge aufzuerlegen, vor denen die freisten Gruppen verschont bleiben. Mit Hilfe dieser Prinzipien können wir Gesellschaften schaffen, die wirtschaftliche Rechte fördern und eine Umwelt, in der eine wachsende Mehrheit ein lohnendes Leben mit würdevoller Arbeit verfolgen kann.

---